

DIE CORONA-KRISE ALS GLOBALE ERNÄHRUNGSKRISE

Das gesamte Ausmaß der Covid-19-Pandemie und ihrer Folgen ist global gesehen noch nicht abschätzbar. Fest steht aber: Die Corona-Krise trifft global gesehen die Ärmsten der Armen am schwersten. Die Nachrichten aus dem globalen Süden sind seit Beginn der Krise schockierend – vor allem, was das globale Ernährungs- und Landwirtschaftssystem betrifft. Die Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) warnt bereits seit Ende März vor einer drohenden Hungerkrise. Und die steigende Arbeitslosigkeit droht die Situation für viele Menschen weiter zu verschlechtern: Für viele bedeutet kein Einkommen auch kein Essen!

Entscheidend ist deshalb jetzt, welche Lehren die Regierungen weltweit aus der Corona-Krise ziehen. Mit kurzfristigen Hilfsmaßnahmen ist es nicht getan, betont etwa Raj Patel, Ernährungsaktivist und Professor an der University of Texas in Austin:

„Hunger ist nichts, das nur durch Nahrung gelöst werden kann. Hunger ist ein Ausdruck von Armut, und man kann Armut nicht mit einer Kiste Gemüse beheben.“ Es geht demnach um die Frage, wie soziale Gerechtigkeit nachhaltig hergestellt werden kann. Denn dadurch verringert sich die Armut – und unser Ernährungssystem wird krisenfester.

In diesem Dossier der Entwicklungsorganisation INKOTA geben die Autor*innen Einblicke in die dramatischen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Frauen, Bäuerinnen und Bauern sowie Arbeiter*innen in der Landwirtschaft und Ernährungsindustrie – im globalen Süden sowie in Deutschland und Europa. Wir wünschen eine anregende Lektüre und freuen uns über Rückmeldungen und gemeinsames Engagement.

Lena Bassermann und Lena Luig arbeiten als Referentinnen für globale Landwirtschaft und Welternährung bei der Entwicklungsorganisation INKOTA, unter anderem zu den Themen Agrarökologie und Konzernmacht.

DER GLOBALE LOCKDOWN GEFÄHRDET DIE ERNÄHRUNG

Das Coronavirus bestimmt den Alltag, nicht nur hierzulande, sondern auch im globalen Süden. Alle sind betroffen, aber nicht alle gleichermaßen. Eine Gefahr fürs Leben geht nicht nur von Covid-19 aus. Der Lockdown gefährdet die Ernährung. Wer nur das am Tag verdiente Geld hat, um sich Lebensmittel kaufen zu können, steht mit leeren Händen da. Hunger und Existenznöte bringen Menschen zur Verzweiflung, wie Bilder aus Indien oder Kenia zeigen. Kleinbäuerinnen und -bauern im Senegal können ihr frisches Gemüse nicht verkaufen, weil die informellen Märkte geschlossen und Straßensperren errichtet wurden. Es verdirbt oder verrottet auf dem Feld. Lebenswichtige Einnahmen brechen weg. Nomadische Viehzüchter*innen können nicht mehr mit ihren Herden wandern, weil Grenzen und Regionen geschlossen wurden. Aufgrund der Ausgangssperren können sie ihren Tieren nachts kein Wasser geben, mit der Folge, dass

die Wasserstellen tagsüber überfüllt sind. Das zeigt: Die Ärmsten der Armen sind am stärksten betroffen, die Corona-Krise verschärft soziale Ungleichheit weltweit.

Es gibt theoretisch genügend Lebensmittel, nicht nur international betrachtet, sondern auch vor Ort. Sie erreichen nur die Menschen nicht. Millionen sind von staatlichen Lebensmittelprogrammen und städtischen Essensausgaben abhängig. Nach der Nahrungsmittelkrise 2008 wurde die staatliche Lagerhaltung ausgebaut. Aber die Lager-vorräte reichen nun nicht aus, um die große Nachfrage zu bedienen. Viel zu selten erreichen sie vor allen Dingen die Menschen, die dringend darauf angewiesen sind. Diejenigen, die ohnehin am Rande der Existenz leben, wenig Geld verdienen und keinen finanziellen Puffer haben: Marktverkäufer*innen, Tagelöhner*innen, Plantagenarbeiter*innen, Migrant*innen,

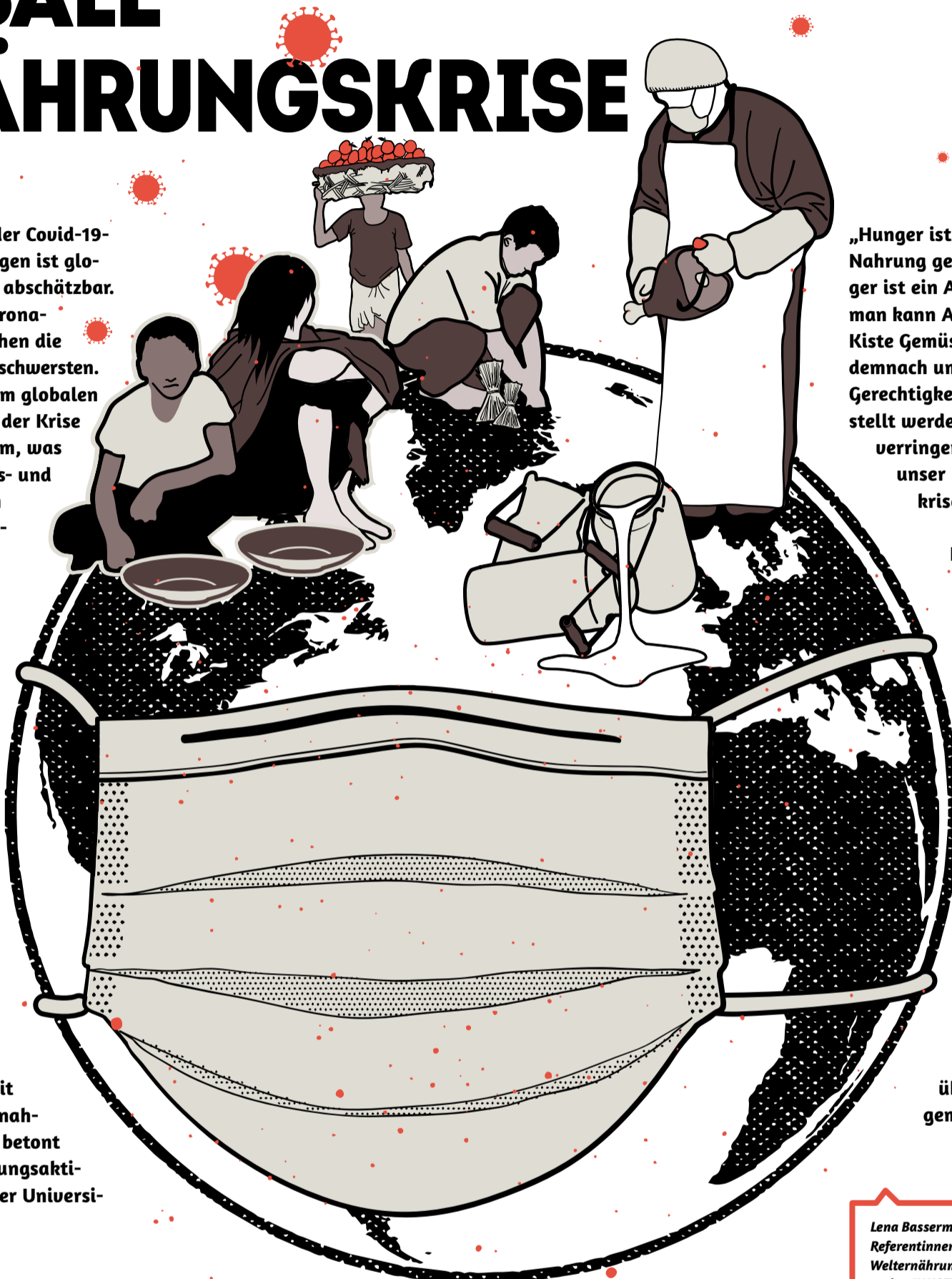
kleinbäuerliche Produzent*innen und nomadische Viehzüchter*innen. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen von Covid-19 könnten rund eine halbe Milliarde Menschen in Armut stürzen. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) schätzt, dass sich die Zahl der akut Hungernden bis Ende 2020 auf 260 Millionen verdoppeln könnte. Dabei sind schon jetzt mehr als 820 Millionen Menschen weltweit chronisch unterernährt.

DIE CORONA-KRISE IST EINE KRISE IN DER KRISE

Schätzungen zufolge wären in Westafrika auch ohne Covid-19 sechs Millionen Menschen von Unterernährung bedroht. Nun sind es doppelt so viele. Die humanitäre Hilfe deckt bereits jetzt nicht den Lebensmittelbedarf von Tausenden Binnenertriebenen. In Ost- und Zentralafrika haben die Menschen auch noch mit einer Heuschreckenplage und Überschwemmungen

zu kämpfen. Die Regenfälle in Teilen der Region sind so stark wie nie zu vor in den letzten 40 Jahren. Der Starkregen, verschärft durch die Klimakrise, bildet den perfekten Nährboden für Heuschrecken. Tausende Hektar mit Pflanzen haben sie schon zerstört, insbesondere in Kenia, Äthiopien und Somalia. Die Aussichten sind also nicht gut, auch weil die Nahrungsmittelpreise steigen und die Erzeugerpreise fallen. Es droht nicht nur eine Nahrungsmittelkrise, sondern auch eine Agrarkrise.

Marita Wiggerthale ist Referentin für Welternährung und globale Agrarfragen bei Oxfam Deutschland und arbeitet seit vielen Jahren unter anderem zu Gerechtigkeitsfragen im Welthandel, zur Marktmacht von Konzernen und unterstützt eine agrarökologische Transformation des Ernährungssystems.



SYSTEMRELEVANT UND DOCH AUSGEBEUTET: PROTESTE VON LANDARBEITER*INNEN IN EUROPA



Schluss mit der Ausbeutung: Vor den Gewächshäusern von Almería wird gestreikt. Foto: Interbrigadas

Auf Europas Feldern regt sich Protest. Im rheinländischen Bornheim streiken Ende Mai rumänische Erntehelfer*innen, die nach vier Wochen Spargelstechen zum Teil nur 50 Euro erhalten sollten. Vor den Gewächshäusern Almerías in Südspanien fordern marokkanische Arbeiter*innen Schutzausrüstung und werden dafür auf die Straße gesetzt. Und auf den Salatfeldern Italiens marschieren afrikanische Beschäftigte beim „Streik der Unsichtbaren“. Lohnbetrug, unwürdige Unterbringung, rassistische Diskriminierung – die Missstände gleichen sich. In der Corona-Krise kommt hinzu: Die Arbeit auf dem Feld wird für systemrelevant erklärt, ohne dass für sichere Arbeits- und Wohnbedingungen gesorgt wäre.

Die Sorge um den deutschen Spargel hat die „Unsichtbaren“ ins Scheinwerferlicht gerückt: diejenigen, die für Elendslöhne unser Essen produzieren. Die meisten von ihnen kommen aus anderen, ärmeren Ländern. Europa braucht seine Erntehelfer*innen, aber behandelt sie schlecht. In Südspanien verdienen viele weniger als 5 Euro pro Stunde – weit unter dem Mindestlohn von 7,43 Euro. Wer sich davon keine Wohnung leisten kann, haust in Baracken am Rande der Felder, ohne fließendes Wasser und Strom.

Der Mindestlohn lässt sich mit einfachen Tricks umgehen: Auf den Lohnzetteln tauchen einfach weniger Tage auf, als tatsächlich

gearbeitet wurden. Ein marokkanischer Arbeiter dokumentierte vergangenes Jahr mit einer versteckten Kamera diese Praxis – und den Wutausbruch seines spanischen Chefs. Auf den Mindestlohn angesprochen wird er handgreiflich. „Das Gesetz geht mir am Arsch vorbei“, schreit er. „Verklag mich doch!“ Der Rechtsweg hingegen ist langwierig und Arbeitsrechtsverstöße wie der Lohnzettelbetrug sind vor Gericht nur schwer nachweisbar. Die Gerichte sind unterbesetzt, ebenso wie die Arbeitsinspektion, die in den Betrieben für Recht und Ordnung sorgen soll: Zuölf Kontrollleur*innen kommen auf 40.000 Gewächshäuser.

ARBEITER*INNEN ORGANISIEREN SICH UND FORDERN DIE POLITIK ZUM HANDELN AUF

Doch es regt sich Widerstand gegen die Entrechtung: Immer mehr Landarbeiter*innen organisieren sich, in der italienischen Gewerkschaft USB, in Bornheim bei der FAU und bei der SOC-SAT in Almería. Dort fordern Beschäftigte seit Beginn der Corona-Pandemie die Wiedereinstellung von festangestellten Kolleg*innen, die Masken und Handschuhe eingefordert hatten. Die Farm mit dem Namen „Haciendas Bio“ ist Naturland- und Demeter-zertifiziert, mehr als die Hälfte des Gemüses landet in Deutschland. Während den Verbraucher*innen mit dem Bio-Siegel ein reines Gewissen verkauft wird, drücken die Bio-Betriebe Löhne und Standards genau wie die konventionellen, berichtet die Gewerkschaft SOC-SAT.

Von einem Kilo Paprika aus Almería, das man hierzulande kauft, kommen gerade einmal sieben Prozent bei den Arbeiter*innen im Gewächshaus an, mehr als die Hälfte dagegen bei Zwischen- und Einzelhandel. Hier wird die Verantwortung der Supermärkte, aber auch der deutschen Politik deutlich: Statt die Verantwortung auf Verbraucher*innen abzuwälzen, muss die Bundesregierung endlich ein Lieferkettengesetz verabschieden, das Supermärkten und Labels für Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen in ihrer Lieferkette Sorgfaltspflichten auferlegt und sie bei Verstößen haftbar macht. Die SOC-SAT fordert darüber hinaus eine Landreform in Andalusien: Der Boden soll denen gehören, die ihn bearbeiten. Zu einer demokratisch organisierten, ökologischen Landwirtschaft ist es noch ein weiter Weg. Die Proteste auf den Feldern sind ein wichtiger Schritt.

Steffen Vogel war mit dem Berliner Verein Interbrigadas auf zwei Solidaritätsbrigaden in Almería und hat die Broschüre „Vom Anfang und Ende der Lieferkette“ mitverfasst.

GHANA: FOLGEN VON COVID-19 BEDROHEN EXISTENZEN IM KAKAOANBAU

In Ghana ist die Ernährung vieler Familien in Gefahr. Covid-19 legte schnell die Schwächen in der Lebensmittelversorgung offen. Preise für Grundnahrungsmittel stiegen auf das Dreifache an, Hamsterkäufe führten zu Knappheit auf lokalen Märkten und die Unterbrechungen im globalen Handel taten ihr Übriges.

Aber nicht nur die Versorgung mit Lebensmitteln, sondern auch die Auswirkungen von Covid-19 auf den Kakaosektor bereiten den Menschen große Sorgen. Dieser enorm wichtige Wirtschaftszweig generiert fast 40 Prozent der gesamten Exporteinnahmen. Manche ghanaischen Kakaobäuerinnen und -bauern gehen mittlerweile davon aus, dass sie einen großen Teil ihres jährlichen Einkommens aus dem Kakaobau verlieren werden. Unterbrochene Lieferketten, die stark zurückgehende Nachfrage und eine sich ankündigende Rezession in den Verbraucherländern schüren die Sorge. Schon jetzt nehmen die Lieferungen und Bestellungen von Kakaobohnen in die Länder mit verarbeitenden Betrieben ab.

Dies schlägt sich auch auf den Weltmarktpreis für Kakao nieder. Seit Ende Februar ist er um etwa 20 Prozent gefallen (Stand Mitte Juni). „Sollte die Pandemie noch länger andauern, drohen Ghana Verluste von fast einer Milliarde US-Dollar“, sagt Joseph Boahen Aidoo, Chef der staatlichen Kakaovermarktungsbehörde in Ghana in einem Interview im April mit Joy-Online. „Dann wird es schwierig für uns, unsere Kakaobäuerinnen und -bauern zu bezahlen.“ Aber nicht nur die Kakaobäuerinnen und -bauern, sondern die gesamte ghanaische Wirtschaft droht darunter zu leiden.

EINSCHRÄNKUNGEN IM ALLTAG MIT GRAVIERENDEN FOLGEN

Nicht nur in den Verbraucherländern, sondern auch in Ghana hat sich die Normalität durch Covid-19 stark verändert. Der Lieferverkehr innerhalb Ghanas ist beeinträchtigt. Mittlerweile hat sich das Virus auch in Kakaobaugebiete ausgebreitet. Und auch die verhängte Ausgangssperre in den großen Geschäfts- und Handelszentren wirkt sich auf die Versorgung der landwirtschaftlich geprägten Gemeinden aus. Landwirt*innen haben schon heute Schwierigkeiten, an benötigte Düngemittel und Pflanzenschutzmittel zu kommen. Zusätzlich haben sie Probleme, ihre Bezahlungen für Lieferungen zu erhalten, da der elektronische Zahlungsverkehr noch nicht sehr weit verbreitet ist. Persönliche Treffen, der normale Weg für die Zahlungsabwicklung, werden in vielen Gebieten vermindert. Wichtige landwirtschaftliche Trainings für Kakaobäuerinnen und -bauern fallen aus. Dies kann langfristig negative Folgen auf die zukünftigen Erträge haben. So bleibt die große Frage, was mit den Kakaobäuerinnen und -bauern passiert, wenn die Pandemie noch länger anhält. Wachsende Armut, eine sich verschlechternde Ernährung und möglicherweise ein Anstieg der Kinderarbeit sind nur einige unserer Befürchtungen.

Aber es gibt auch Hoffnung. Unsere Regierung, Kakaobauernorganisationen, die Zivilgesellschaft und Schokoladenunternehmen haben schnell auf die Situation reagiert. Strikte Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen wurden eingeführt, lokale Sensibilisierungskampagnen gestartet und Schutzausrüstun-

gen sowie Desinfektionsmittel verteilt. Diese kurzfristigen Antworten auf die Krise sollten aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Kakaobäuerinnen und -bauern auch weiterhin auf angemessene Preise für ihre Bohnen angewiesen sind. Auch wenn es einen weltweiten Nachfrageschock gibt, darf es nicht sein, dass Kakaobäuerinnen und -bauern die Leidtragenden sind. Sie leben auch in normalen Zeiten häufig unterhalb der Armutsgrenze. Deshalb setzen wir uns gemeinsam mit INKOTA für existenzsichernde Preise für Kakaobäuerinnen und -bauern ein.

Sandra Kwabea Sarkwah ist Projektkoordinatorin des „Cocoa Advocacy Project“ der NGO SEND GHANA und vertritt dort die Interessen der ghanaischen Kakaobäuerinnen und -bauern. Übersetzung aus dem Englischen von Daniel Baumert, Referent bei INKOTA im Team „Make Chocolate Fair!“



Kakaopreis und –nachfrage sind seit Beginn der Pandemie stark eingebrochen. Foto: Euelyn Bahn, INKOTA

DAS RECHT AUF NAHRUNG VON FRAUEN IST BESONDERS GEFÄHRDET

Die Auswirkungen der Corona-Krise auf Frauen wurden in der Krisenberichterstattung wenig thematisiert – das, obwohl Frauen in vielen Ländern besonders hart getroffen sind und hungern. Viele werden noch lange unter den Folgen der Krise leiden.

Weltweit leisten Frauen mehr als 75 Prozent der Pflegearbeit, im globalen Süden produzieren sie circa 60 bis 80 Prozent der Nahrungsmittel. Durch die Corona-Krise hat sich diese Belastung weiter erhöht, das belegt ein Bericht von FIAN Ecuador. Frauen in ländlichen Gegenden müssen weiterhin ihren Beitrag zur Landwirtschaft und zu produktiven und reproduktiven Tätigkeiten leisten, während sie sich um Kranke und Kinder kümmern, die nicht zur Schule gehen können. Sie müssen sicherstellen, dass alle Familienmitglieder präventive Hygienemaßnahmen einhalten. In den schlimmsten Fällen nimmt die häusliche Gewalt zu, wenn Ehemänner häufiger zu Hause anwesend sind und „mehr Aufmerksamkeit“ einfordern.

Gewalt gegen Frauen im Zusammenhang mit der Krise beobachtet auch die südafrikanische NGO Womin. Traditionell sorgen in vielen südafrikanischen Gemeinden die Frauen für Wasser und legen weite Strecken zurück, um die Trinkwasser zu holen. Daran wurden sie jedoch aufgrund der Ausgangssperre von der Polizei gehindert. Um dennoch an Wasser zu gelangen, waren sie gezwungen bei Nacht an die Quellen zu gehen. Dadurch waren sie sexueller Gewalt ausgesetzt.

UNWÜRDIGE ARBEITSBEDINGUNGEN IN SCHLACHTHÖFEN BEENDEN

Die teils sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen, die bei Subunternehmen an Mega-Schlachthöfen herrschen, sind seit langem bekannt. Miserere und Germanwatch haben in der Studie „Globale Agrarwirtschaft und Menschenrechte“ Anfang 2020 dokumentiert, dass Menschenrechtsverletzungen in der Fleischindustrie trauriger Alltag sind – auch in Deutschland. Der Abschlussbericht der Überwachungsaktion „Faire Arbeit in der Fleischindustrie“ von NRW Arbeits- und Gesundheitsministerium zeigte, dass die beengten und unwürdigen Arbeits- und Unterbringungsbedingungen der Beschäftigten in der Fleischindustrie dazu beitragen, dass bundesweit Hunderte von ihnen mit Corona-Infektionen in Krankenhäusern behandelt werden mussten. Medien in Deutschland berichteten rund zwei Wochen lang täglich über die eklatanten Missstände hinter dem Billigfleisch von Westfleisch. Dennoch erließen Behörden in NRW keine Auflagen für Schlachthofkonzerne. Im Juni wurden mehr als 1300 Mitarbeitende im Tönnies-Schlachthof Corona-Patienten. Besonders betroffen sind Beschäftigte, die nicht beim Schlachtunternehmen direkt angestellt sind, sondern über Werkverträge bei Subunternehmen. Viele Branchen kennen Werkverträge etwa für einmalige Arbeiten wie das Erstellen von Studien. In der Schlachtbranche werden allerdings alltägliche und ganzjährig anfallende Arbeiten wie das Schlachten, Zerlegen und Reinigen an Subunternehmen ausgelagert. So können Fleischkonzerne behaupten, sie hätten keinen Einfluss auf die Missstände – von denen sie allerdings massiv profitieren. Der Faktor Arbeit scheint in der deutschen Fleischverarbeitung so billig, dass die Industrie auf den Weltmarkt exportiert.

Mit der hohen Zahl der Corona-Infektionen unter Schlachthofbeschäftigten gelangen die Folgen der Billig-Fleischerzeugung nun wie ein Bumerang in das Gesundheitssystem zurück: Die unwürdigen Arbeitsbedingungen in Mega-Schlachthöfen tragen dazu bei, dass Menschen vermehrt mit Antibiotikaresistenzen belastet werden. Die häufig überarbeiteten Fleischarbeiter*innen mussten wegen

in vielen Ländern sind die Einkommen von Frauen besonders stark und ohne soziale Sicherheitsnetze eingebrochen. Niedrigere Einkommen führen in vielen Fällen dazu, dass Frauen als letzte ihr Bedürfnisse befriedigen und stark von Unter- und Mangelernährung betroffen sind. Fischerinnen weltweit leiden darunter besonders. Neben dem Fischfang sind sie auch für die Zubereitung des Fisches zuständig. Seit als Folge der Krise der Fischfang nicht mehr möglich ist, können die Fischerinnen in Uganda ihre Familien nicht mehr ernähren. Besorgniserregend ist auch die Situation von Wanderarbeiterinnen in der Landwirtschaft. Ein Beispiel dafür sind die Beerenfarmen in Andalusien, die überwiegend saisonale Erntehelferinnen aus Marokko beschäftigen. Die Arbeitsbedingungen sind nach Bericht des UN-Sonderberichterstatter für extreme Armut menschenunwürdig. Die Organisation Urgenci Spanien befürchtet, dass sich in der Krise die Situation weiter verschlechtert.

SOLIDARISCH DURCH DIE KRISE
Vierorts haben sich Initiativen gegründet, um Frauen zu unterstützen. In Kolumbien haben Bäuerinnen Nahrungsmittel verteilt und Spenden gesammelt für die, die nicht genug Essen für ihre Familien hatten. Um häuslicher Gewalt zu begegnen, haben sie Symbole geschaffen, wie die Verwendung bestimmter Masken, um andere Frauen auf die Situation aufmerksam zu machen, ohne

dass die Männer es merken. Wichtig ist es, langfristige Lösungen zu finden. Die Krise zeigt einmal mehr die Defizite der Geschlechterverhältnisse und des weltweiten Ernährungssystems auf. Frauen weltweit setzen sich für eine Umwandlung des Industrie-dominierten Lebensmittelsystems in gesündere und nachhaltigere Systeme ein, in denen die Natur respektiert wird und Macht in Bezug auf die Geschlechter neu verteilt wird.



Ana María Suarez Franco ist Expertin für das Recht auf Nahrung bei FIAN International in Genf; Paola Romero ist Expertin für Gender und politische Arbeit bei FIAN Kolumbien.

Bäuerinnen verlieren ihre Einkommen, wenn sie ihre Ware nicht auf lokalen Märkten verkaufen können. Foto: pexels.com

Covid-19 in Hospitälern behandelt werden, die oft ohnehin schon stark mit multiresistenten Krankenhauskeimen zu kämpfen haben.

ENDE DER AUSBEUTUNG VON SCHLACHTHOF-BESCHÄFTIGTEN IN SICHTWEITE – FAIRE LIEFERKETTEN FÜR ALLE UNTERNEHMEN NOCH NICHT
Die anhaltenden Proteste veranlassten schließlich das Corona-Kabinett zu einschneidenden Beschlüssen: Ab 2021 sollen Werkverträge für tägliche Schlachtarbeiten verboten sein und nur noch unternehmenszugehörige Mitarbei-

tende dürfen Tiere schlachten und das Fleisch verarbeiten. Arbeitszeitkontrollen werden verbessert und Strafen bei Verstößen verdoppelt. Die geplante Regelung gilt für die Fleischindustrie, während das Fleischerhandwerk mit seinen kleineren Betrieben von dem Verbot ausgenommen werden soll. Die Fleischindustrie läuft Sturm gegen die Pläne. Es kommt daher weiter auf den Druck der Zivilgesellschaft an, wenn über den Entwurf von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) im Bundestag abgestimmt wird. Und damit die Ausbeutung nicht zu Schlachthöfen in Osteuropa verlagert wird,

muss auch das Lieferkettengesetz beschlossen werden mit der Pflicht zur Einhaltung der Menschenrechte entlang der gesamten Lieferketten – z.B. auch bei Sojaimporten aus Südamerika.

Reinhild Benning ist Referentin für Landwirtschaft und Tierhaltung bei Germanwatch und arbeitet unter anderem zu den Folgen des Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung sowie zur Gestaltung der digitalen Landwirtschaft im Sinne der Nachhaltigkeit.



Wegen Corona-Ausbrüchen im Fokus: Arbeiter*innen in der deutschen Schlachtindustrie werden über Subunternehmen systematisch ausgebeutet. Foto: shutterstock.com

MOSAMBIK: CORONA WIRFT DIE MENSCHEN NOCH TIEFER IN DIE KRISE

Mosambik befindet sich seit Ende März im Ausnahmezustand. Schulen sind geschlossen, große Menschenansammlungen und Reisen sind verboten. Die Menschen sind aufgefordert, zuhause zu bleiben, die Grenzen zu den Nachbarländern sind dicht. Die Einschränkungen wirken sich besonders auf das Leben derjenigen aus, die kein geregeltes Einkommen und keine soziale Absicherung haben. In der Hauptstadt Maputo ist das deutlich spürbar, denn dort sind die Preise für Grundnahrungsmittel bereits gestiegen – trotz Bemühungen der Regierung, Preisspekulationen zu unterbinden.

Waren aus Südafrika, Mosambiks wichtigstem Handelspartner, sind teurer geworden. Kartoffeln oder Tomaten, die sonst von informellen Händler*innen über die Grenze gebracht werden, bleiben aufgrund der Restriktionen beider Länder in Südafrika. Dabei ist der informelle Grenzhandel

eine wichtige Einkommensquelle, insbesondere für Frauen. Rund 88 Prozent der Beschäftigung Mosambiks findet im informellen Sektor statt. Diese Menschen sind darauf angewiesen, ihre Waren in den Straßen zu verkaufen oder dort ihre Dienstleistungen anzubieten. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern müssen arbeiten, um sich und ihren Familien mit wenigstens einer Mahlzeit am Tag versorgen zu können.

Für sie ist die Situation besonders besorgniserregend. Denn bereits vor der Corona-Pandemie waren laut Welternährungsorganisation (FAO) 1,6 Millionen Menschen von akuter Nahrungsmittelunsicherheit bedroht, vor allem bedingt durch politische Konflikte und die Folgen der Klimakrise. Erst im letzten Jahr haben viele durch Zyklon Idai und nachfolgende Überschwemmungen ihre gesamte Ernte verloren. Gerade erst

hatten sich viele Menschen davon erholt und die Felder instandgesetzt. Nun droht ihnen der nächste Rückschlag. Die Restriktionen schränken die Möglichkeiten, ihre Ernte zu verkaufen, stark ein. Viele der kleinen Märkte auf dem Land sind geschlossen, um Kontakte zu begrenzen. Die großen Märkte in den Städten sind zwar noch geöffnet – für viele Erzeuger*innen jedoch nicht erreichbar. Die Folge: ein geringeres Angebot und Preissteigerungen in den Städten.

MOSAMBIKS ZIVILGESELLSCHAFT ERHEBT IHRE STIMME

51 mosambikanische Organisationen forderten in einem offenen Brief vom 10. April ihre Regierung dazu auf, Genossenschaften, Erzeuger*innennverbände sowie kleine und mittlere Landwirt*innen finanziell zu unterstützen, damit sie ihre Produktion steigern und so

ihre Ernährungssouveränität und -sicherheit gewährleisten können. Außerdem sollten besonders Erzeuger*innen im städtischen Umfeld stärker unterstützt werden – unter anderem in der Vermarktung und durch bessere Bewässerungssysteme. Das breite Bündnis fordert auch die Verteilung von Lebensmittelkörben oder eine Grundsicherung für informelle Arbeiter*innen, denen jetzt die Einkommen wegbrechen.

Christine Wiid ist seit zehn Jahren Mosambik-Referentin bei der Entwicklungsorganisation INKOTA und arbeitet eng mit mosambikanischen Bauernorganisationen zusammen, etwa zu ihrem Einsatz für Landrechte und mehr Ernährungssouveränität von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern.

WEGE AUS DER KRISE

Die Folgen der Covid-19-Pandemie offenbaren die Schwachstellen unseres Ernährungs- und Landwirtschaftssystems. Die einseitige Ausrichtung auf globale Lieferketten und extreme Marktorientierung führen in der Krise zu bedrohlichen Lieferengpässen oder dazu, dass Bäuerinnen und Bauern ihre Produkte nicht mehr loswerden und deshalb ihr Einkommen von einem Tag auf den anderen wegbreicht. Gleichzeitig zeigt sich die Dominanz des industriellen Systems: Einige große Hersteller von Dünger, Saatgut und Pestiziden sowie globale Supermarktketten diktiert die Preise und können die Produktions- und Verkaufsbedingungen bestimmen. Die anderen Marktteilnehmer*innen sind von den Agrar- und Handelskonzernen abhängig.

Mit dem Konzept der Agrarökologie gibt es allerdings eine starke Alternative, die vom Acker bis zum Teller funktioniert. Denn agrarökologische Anbaupraktiken und Vermarktungsformen erweisen sich in Krisen als widerstandsfähiger. Damit sind kleinbäuerliche Erzeuger*innen im globalen Süden in der Lage, Nahrungsmittel mit lokalen Ressourcen zu produzieren und sich und ihre Familien zu ernähren. Gleichzeitig werden die Betriebe unabhängiger von multinationalen Konzernen wie Bayer oder BASF. Sie sind etwa in der Lage, ihr selbst gesammeltes und vermehrtes Saatgut untereinander weiterzugeben oder zu tauschen. Aber auch im globalen Norden braucht es für eine Transformation des Ernährungssystems ganzheitliche Ansätze wie Agrarökologie, die verstärkt auch soziale und politische Komponenten sowie neue Vermarktungsformen in den Blick nehmen und Alternativen zu den Zwängen globaler Lieferketten bieten.

So müssen die Bekämpfung des Höfesterbens sowie faire Löhne und Preise, die soziale und ökologische Kosten realistisch widerspiegeln, und auch Arbeitsrechtsverletzungen in den Betrieben auf der politischen Agenda stehen. Aber genauso eine gesunde, nachhaltige und möglichst regionale Ernährung, die sich alle Menschen leisten können.

Aktuell braucht es also nicht nur schnelles Handeln von Regierungen weltweit. Es gilt zu verhindern, dass Millionen weitere einkommensschwache Menschen rund um den Globus in kurzer Zeit an Hunger leiden und dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinanderdriftet. Gleichzeitig muss die längst überfällige, grundlegende Transformation unseres Ernährungs- und Landwirtschaftssystems hin zu einer krisenfesten, selbstbestimmten, sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft und Ernährung politisch und finanziell unterstützt werden. Dafür müssen öffentliche Gelder so umgelenkt werden, dass das ganzheitliche Konzept der Agrarökologie sowohl in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit als auch in der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union prioritär gefördert werden.

Lena Bassermann und Lena Luig arbeiten als Referentinnen für globale Landwirtschaft und Welternährung bei INKOTA, unter anderem zu den Themen Agrarökologie und Konzernmacht.



STÄRKEN SIE DIE SCHWÄCHSTEN!

Die Corona-Pandemie trifft ausgerechnet die Menschen besonders hart, die ohnehin ums Überleben kämpfen: Arbeiterinnen in Indien, Kakaobauern in Ghana oder Kleinbauern-Familien in Mosambik, El Salvador, Guatemala oder Nicaragua. Seit Monaten warnt die Welternährungsorganisation vor einer Hungerkrise.

WIR HELFEN!

Gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen im globalen Süden haben wir uns dazu entschlossen, einen länderübergreifenden Corona-Hilfsfonds einzurichten. Damit können wir von Schutzkleidung über Lebensmittelhilfen bis hin zu Saatgut all das finanzieren, was unsere Partner*innen vor Ort jetzt am dringendsten brauchen.

DIE MENSCHEN IM GLOBALEN SÜDEN BRAUCHEN IHRE UNTERSTÜTZUNG!

Weitere Informationen unter:
www.inkota.de/corona-hilfe



Spendenkonto:
Kontoinhaber: INKOTA-netzwerk e.V.
IBAN: DE06 3506 0190 1555 0000 10
BIC: GENODED1DKD
Stichwort: Corona-Hilfe



Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) bescheinigt: Geprüft + Empfohlen



Es ist ein schamloses Geschäft: Deutsche Chemiekonzerne wie Bayer und BASF exportieren Pestizide nach Afrika, Asien und Lateinamerika, die so gefährlich sind, dass sie in der EU verboten sind. Sie nutzen damit aus, dass die Zulassung von Pestiziden in Ländern des globalen Südens oft weniger streng ist als in Europa. Millionen Bäuer*innen, Plantagenarbeiter*innen und Anwohner*innen in den Anbaugebieten

bezahlen das mit ihrer Gesundheit: Sie erleiden Pestizidvergiftungen, langfristige gesundheitliche Schäden und chronische Erkrankungen wie Krebs.

Deshalb fordern wir Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner und Wirtschaftsminister Peter Altmaier auf, den Export von Pestiziden, die in der EU aufgrund von Gefahren und Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt nicht genehmigt sind, gesetzlich zu verbieten.

Sorgen Sie jetzt dafür, dass die Bundesregierung ihrer Verantwortung nachkommt und handelt: Unterzeichnen Sie den Appell für einen Stopp der Giftexporte und gegen Doppelstandards im Pestizidhandel unter:

www.inkota.de/giftextporte-stoppen

IMPRESSUM:



Redaktion:
Lena Bassermann und Lena Luig
INKOTA-netzwerk e.V.

Layout:
neonfisch.de

Vi.S.d.P.:
INKOTA-netzwerk e.V.
Arndt von Massenbach
Chrysanthenstraße 1-3
10407 Berlin
Tel.: +49 (0)30 420 8202-0

Stand:
Juli 2020

Gefördert durch Brot für die Welt aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes, der deutschen Postcode Lottery, der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit des Landes Berlin sowie durch Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

